

Presseinformation

Krems, 16.05.2022

Studie über Einstellungen zu mehr Europa im Gesundheitsbereich

Das Research Lab Democracy and Society in Transition zeigt in einer Studie die positive Einstellung junger Menschen gegenüber der europäischen Zusammenarbeit

Am vergangenen Montag wurde der Endbericht der EU-Zukunftskonferenz präsentiert. Eine wesentliche Forderung besteht darin, die Bereiche Gesundheit und Gesundheitsversorgung in die Zuständigkeiten aufzunehmen, die sich die EU und die EU-Mitgliedstaaten teilen. Wie aber stehen die Österreicherinnen und Österreicher dazu? Eine mehrteilige Studie, durchgeführt von der Universität für Weiterbildung Krems und der Universität Graz, widmete sich unter anderem diesem Thema.

Die europäische Zusammenarbeit während der Pandemie wird von knapp der Hälfte (47 %) der Befragten als eher bzw. sehr gut bewertet, mehr als die Hälfte hingegen befand diese eher nicht bzw. gar nicht gut (53 %). Eine nähere Analyse zeigt jedoch wesentliche Unterschiede bei den Altersgruppen. So bewerten zwei Drittel (67 %) der Gruppe der 15-bis-24-Jährigen die europäische Zusammenarbeit in der COVID-19-Pandemie als eher/sehr gut und bei der Gruppe der über 65-Jährigen zeigt sich mit 51 % noch eine knappe Mehrheit. Am wenigsten Zustimmung, mit nur knapp 40 %, findet die europäische Pandemiebewältigung bei den 45-bis-64-Jährigen.

„Auffallend ist, dass sich vor allem die Gruppe der 15-bis 24-Jährigen durchgehend für mehr europäische und internationale Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik ausspricht. Insgesamt ergibt sich ein durchwachsenes Bild. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Parteipräferenz eine wichtige Rolle einnimmt“, so Studienleiterin Mag. Dr. Christina Hainzl, Leiterin des Research Lab Democracy and Society in Transition an der Universität für Weiterbildung Krems.

Europäische Gesundheitspolitik in der Zukunft?

Ob es zukünftig eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich geben soll, bejahte knapp die Hälfte (49 %) der Befragten. Rund ein Viertel (26 %) war sich nicht sicher und das restliche Viertel war dagegen. Vor allem jüngere Personen (55 %) befürworteten dies. Ebenso steigt die Zustimmung bei höherem Bildungsgrad (Pflichtschule: 45 % gegenüber Matura: 56 % und Studium: 55 %).

Betrachtet man die Zustimmung zu mehr europäischer Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit nach Parteipräferenz zeigt sich, dass dies bei Personen, die eine der

beiden Regierungsparteien wählen würden, am höchsten ist (ÖVP 64 %, Grüne 70 %). Obwohl für die NEOS Europa-Agenden ein Kernthema darstellen, sprechen sich potentielle Wähler_innen der Partei vergleichsweise weniger stark für einen Ausbau aus (60 %). Potentielle SPÖ Wähler_innen stimmen dem mit 63 % zu, Wähler_innen der FPÖ befürworten dies mit nur 34 %.

Einstellungen zur globalen Zusammenarbeit

Ein etwas anderes Bild ergibt sich unter FPÖ-Wähler_innen bei der Frage, wie wichtig eine globale Gesundheitspolitik gesehen wird. 54 % der potenziellen FPÖ-Wähler_innen halten dies für eher bzw. sehr wichtig. Die höchste Zustimmung für die Bedeutung der globalen Gesundheitspolitik findet sich bei den Grünen mit 95 % (eher/sehr), gefolgt von ÖVP (91 % eher/sehr) und SPÖ Wähler_innen (90 % eher/sehr). NEOS-Wähler_innen stimmen mit 83 % zu. Eine Mehrheit (52%) der Befragten spricht sich für den Ausbau der internationalen Hilfe im Gesundheitsbereich aus.

Mehr Informationen: www.donau-uni.ac.at/gesundheitspolitik-eu-ropa

Rückfragehinweis

Mag. Dr. Christina Hainzl

Leiterin des Research Lab Democracy and Society in Transition

Universität für Weiterbildung Krems

Tel.: +43 2732 893-2184

Mobil: +43 664 81 53 586

E-Mail: christina.hainzl@donau-uni.ac.at